

Weniger Bürokratie – mehr Platz für Leistung

Dass der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern aber auch von den Unternehmen Daten braucht ist klar. Er kann die Steuern und die Sozialabgaben schlussendlich nicht per Lotterie festlegen. Die Frage ist aber, ob er dies nicht oft so tut, dass in der Wirtschaft unnötige Kosten entstehen. Was bei diesen administrativen Lasten über das Notwendige hinausgeht, ist eben Bürokratie, die zurückgebunden werden muss.

Diese administrativen Lasten haben eine Tendenz zuzunehmen. 1985 brauchte eine durchschnittliche KMU 30,7 Stunden pro Monat, um vom Staat auferlegte administrative Aufgaben zu erledigen. 1998 waren es 54,5 Stunden. Besonders stark waren die kleineren Unternehmungen betroffen. Firmen mit 1 – 19 Arbeitnehmern gaben pro Arbeitskraft mehr als das Vierfache für administrative Lasten aus als Firmen mit 50 – 499 Arbeitnehmern.

Das Geld, das für administrative Lasten ausgegeben wird, insgesamt rund 7 Mrd. Franken pro Jahr, fehlt für Löhne und Investitionen. Die Bekämpfung der Bürokratie ist daher ein zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik der CVP. Dabei stehen drei Stossrichtungen im Vordergrund:

1. Die Abschaffung unnötiger und überholter Vorschriften. Ständerat Philipp Stähelin hat einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.
2. Die Vereinfachung von Vorschriften. Ein Beispiel sind Vereinfachungen bei der Mehrwertsteuer. Hier besteht eine Tendenz der Verwaltung, den Unternehmen einen perfektionistischen Vollzug aufzubürden. Die CVP hat sich deshalb mit einer Vielzahl von Vorstössen – z. B. für Vereinfachungen, kürzere Verjährungsfristen – für einen Abbau der Bürokratie bei der Mehrwertsteuer eingesetzt. Vereinfachungen sind aber auch möglich, wenn die Verwaltung Daten, die sie für verschiedene Zwecke – Steuern, Sozialversicherungen, Statistiken – benötigt, nur einmal erhebt.
3. Vereinfachung der Erhebungsmethoden. Was an Daten wirklich benötigt wird, soll möglichst einfach und kostengünstig erhoben werden.

Eine Schlüsselfunktion nimmt dabei die Förderung des E-Government ein. Wenn Daten aus dem Firmencomputer direkt an die Computer der Verwaltung geliefert werden können, ist der administrative Aufwand kleiner. E-Government hat aber überdies den Vorteil, dass sich die Verwaltungsabteilungen zusammensetzen müssen, um ihre Vorschriften zu vereinheitlichen. Weil etwas Neues entsteht, hält

nicht mehr jede Abteilung an ihrem Formular fest. Deshalb hat die CVP in den letzten vier Jahren bei der Durchsetzung von E-Government einen Schwerpunkt gesetzt. Bei den Anstrengungen für den Bürokratieabbau hat die CVP-Fraktion den Vorteil, dass sie mit Bundesrätin Doris Leuthard die Vorsteherin des EVD stellt. Die parlamentarischen Vorstösse der Fraktion stossen somit im Bundesrat auf ein offenes Ohr. Diesen Vorteil gilt es auch in der kommenden Legislaturperiode zu nutzen. Viele Dinge sind zwar durch Vorstösse im Grundsatz beschlossen. In den nächsten vier Jahren gilt es nun, die Reformen im Detail konkret umzusetzen. Das betrifft insbesondere für die Mehrwertsteuerrevision oder die umfassende Realisierung von E-Government. Je stärker die CVP-Fraktion nach den Wahlen ist, umso effizienter kann sie im Rat arbeiten und umso mehr Gewicht hat die Stimme von Doris Leuthard im Bundesrat.